

ausen.



tag

an Gasthaus

Feuertwehr

Wirtinwirkung

„Traube“

„Schuß“

„t“

„r“

„m“

„n“

„o“

„u“

„ü“

„ö“

„y“

„z“

„ss“

„tt“

„nn“

„ll“

„kk“

„gg“

„ff“

„dd“

„cc“

„bb“

„aa“

„oo“

„uu“

„yy“

„zz“

„ss“

„tt“

„nn“

„ll“

„kk“

„gg“

„ff“

„dd“

„cc“

„bb“

„aa“

„oo“

„uu“

„yy“

„zz“

„ss“

„tt“

„nn“

„ll“

„kk“

„gg“

„ff“

„dd“

„cc“

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt mit der landwirtschaftlichen Beilage Haus-, Garten- u. Landwirtschaft

Veröffentlichung, Druck und Verlag von G. W. Saffler (Karl Saffler) Nagold

Bezugs-Preise
Monat, einjährl.
Halbjährlich A. 1,80
Einzelnummer 10 Pf
Erscheint an
jed. Werktag
Bestellstelle Zeitung
im O.N.-Bez. Nagold
In Fällen des Gewalt
bleibt kein Anspruch
auf Lieferung d. Zeitg.
oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises.
Telegraph. - Adresse:
Gefellschafter Nagold.
Postfach-Nr. 1113.
Eintrittsgeld 5 Pf.

Anzeigen-Preise
Die ein spaltige Zeile
aus gewöhnl. Schrift
ab 1000 Zeichen 12 Pf
Familien-Zugl. 10 Pf
Reklame-Zeile 35 Pf
Sammelanzeigen
50 % Aufschlag
Für das Erscheinen
von Anzeigen in be-
stimmten Ausgaben
und an besonderen
Plätzen, wie für tele-
phonische Anträge u.
Chiffreanzeigen kann
keine Gewähr über-
nommen werden.

Nr. 164 Begründet 1826. Freitag den 17. Juli 1925 Kreisprecher Nr. 29. 99. Jahrgang

Tagespiegel

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Donner-
stag den Reichsstaatsminister Treutler zum Bericht über das
Auswertungsgesetz. Die Entscheidung des Reichspräsidenten
wird für den gleichen Tag erwartet.
Die Begründungsvorlage ist vom Reichskabinett fertig-
gestellt und wird demnächst dem Reichstag zugehen.
Das Pariser „Journal“ meldet aus Berlin, die Wieder-
aufnahme der deutsch-französischen Handelsvertragsverhand-
lungen werden aus politischen Gründen (Sicherheitsvertrag
etc.) erst am 15. September vielleicht erst im nächsten Jahr
wieder aufgenommen werden können.
Der Metropolit von Nikäa, Wassilos, ist zum Patriar-
chen von Konstantinopel gewählt worden.

Borbehalte beim Eintritt in den Völkerbund

Das Beispiel Irlands

Die deutsche Forderung nach Enthebung von den Ver-
pflichtungen des Artikels 16 der Völkerbundverträge, die
uns in kriegerische Verwicklungen hineingeren würden, ist
vom Völkerbundrat, wie erinnerlich, mit der Beweisführung
abgelehnt worden, daß es für kein Mitglied des Völkerbunds
Ausnahmen und Borbehalte geben kann. Als einziger Aus-
nahmefall gilt die Schweiz, deren Neutralität dauernd an-
erkannt wurde, und mit der wir uns nicht vergleichen dürfen.

Unter den Mitgliedern des Völkerbunds, die ihn nicht als
Gründungsmitglied und auch nicht als eingeladenes Mitglied,
sondern auf Grund eines Aufnahmegefühls angeheben, be-
findet sich aber doch eines, das ausdrücklich mit einem
Borbehalt hineingetreten, der aus ähnlichen Bedenken wie
in unserm Fall erwuchs. Dieser Staat ist Irland, das am
17. April 1923 ein Aufnahmegefühls an den Völkerbund
richtete und auf der vierten Völkerbundversammlung am
10. September 1923 einstimmig aufgenommen wurde. Sofort
bei Inkrafttreten der Völkerbundversammlung am 3. Sep-
tember 1923 richtete nun der Führer der irischen Abord-
nung Mac White, eine Note als Ergänzung zu dem Auf-
nahmegefühls an den Völkerbund, in der ausgeführt wird,
der Beitritt Irlands sei durch den irisch-englischen Vertrag
und besonders den Artikel 49 der irischen Verfassung bedingt.
Dieser Artikel 49 hat folgenden Wortlaut: „Außer im Fall
entscheidlicher Umstände kann der Freistaat Irland nicht zur
aktiven Teilnahme an einem Krieg ohne die Einwilligung des
Parlamentes veranlaßt werden.“

Diese Note enthält also einen ausdrücklichen Bor-
behalt, was die Verpflichtung zur Teilnahme an
militärischen Unternehmungen des Völkerbunds
betrifft. Sie bezieht sich somit sowohl auf Artikel 10 wie
auf Artikel 16 des Völkerbunds. Sie wurde in
einer Sitzung der irischen Abordnung gleich nach ihrem
Eintreffen in Genf ausgearbeitet. Ihre Urheber legten sie
in der vollen Absicht ab, von vornherein, vor Behandlung
des Gefühls im Ausschuss des Völkerbunds, der die Auf-
nahme neuer Mitglieder vorzubereiten hat, irgendwelchen
Zwang zur Teilnahme an kriegerischen Maßnahmen abzu-
lehnen.

Interessant ist nun, daß die irische Abordnung nie-
mals eine Antwort auf diese Note erhielt, und daß
die Note während der weiteren Verhandlungen im Aus-
schuss über die Aufnahme Irlands niemals besprochen
wurde. Der Text der Note wurde allerdings allen Mit-
gliedern des Völkerbunds der Völkerbundversammlung
gestellt, aber nicht erörtert. Irland wurde aber acht Tage
später, am 10. September, in den Bund aufgenommen,
nachdem das ganze Aktenmaterial allen Völkerbundmit-
gliedern vorgelesen hatte.

Die Länder stehen entschieden auf dem Standpunkt,
daß sie einen gültigen Borbehalt erhoben haben, daß dieser
Borbehalt allerdings einseitig von der Völkerbundver-
sammlung anerkannt wurde, und daß sie zu keiner Be-
teiligung an militärischen Unternehmungen gezwungen sind,
solange ihr Parlament nicht eine solche Beteiligung beschließt,
was völlig unwahrscheinlich ist. In den Kreisen des Völk-
erbunds herrscht dagegen, soweit man darüber Erkundigungen
einziehen kann, die Ansicht, daß von einem rechtswirksamen
Borbehalt in keiner Weise die Rede sein könne. Es arbe-
teten mehrere Staaten, deren Verfassung die Entscheidung über
den Krieg dem Parlament vorbehalte. Das andere aber
nicht an den internationalen Verpflichtungen der Regie-
rungen. Die irische Regierung habe sich auf Grund des
Artikels 1 zu den Völkerbundbeschlüssen bekannt und
müsse sich an sie halten.

Die Irländer waren offenbar der Ansicht, daß es
genügte, ihren Borbehalt in einer Note anzugeben, daß sie
aber keinen Grund hatten, ihn nachdrücklicher hervorzuheben
und dann laut zur Sprache zu bringen. Die Völk-
erbundversammlung überließ sich demnach den irischen
Beitritt Irlands, der aus allgemeinen Rechtsgründen für
den Bund wichtig war. Auch lag verschiedenen Mächten
nichts daran, durch eine Erörterung der irischen Note
die gefährliche Frage der Ausnahmen und Borbehalte zu
den Völkerbundverträgen öffentlich aufzuwerfen, aber
war offenbar von beiden Seiten gleichmäßig entschlossen,
für den Fall, daß die Frage eines Tags wirklich brennend wer-
den sollte, den Vorgang je nach dem eignen Interesse
auszulegen.

Für uns ist sowohl der irische Borbehalt wie der
geringe Wert, den man ihm in Völkerbundkreisen beimißt
und die ganze Zweideutigkeit, die den Fall zu umgeben

scheint, von großer Bedeutung. Dem Artikel 49 der iri-
schen Verfassung entspricht Artikel 45 der Deutschen Reichs-
verfassung, Absatz 2: „Kriegserklärung und Friede-
schluß erfolgen durch Reichspräsident“. Der
Gedanke liegt nahe, die Schwere dieser Artikel 16 auf-
zuheben, durch einen ähnlichen Vorbehalt wie Irland zu um-
gehen. Der Fall Irlands zeigt aber auch, daß für uns ein
so vorläufiges Vorgehen völlig ausgeschlossen ist. Die inter-
nationale Auseinandersetzung über Artikel 16 ist derzeit zum
Wirkpunkt der Beitrittsfrage geworden, daß wir nicht um-
hin können, sofort in unserm Aufnahmegefühls einen offenen
Borbehalt in aller Form zu machen, der ganz un-
abweislich als solcher aufgeföhlt werden muß. Deutsch-
land als Durchmarschland bedarf der Gewähr, daß
keine Aufhebung über seine Pflichten als Bundesmitglied
nicht einseitig bleibt. Immerhin beweist aber der irische
Vorgang, daß die Frage des Beitritts mit Borbehalten nicht
neu ist und bereits im Völkerbund gestellt wurde. Er zeigt
ferner, daß wir nicht allein stehen mit der selbstverständlichen
Forderung, daß ein Volk durch den Eintritt in eine dem
Frieden dienende Gemeinschaft nicht gezwungen werden darf,
sich in Kriege begeben zu lassen, und daß die Ent-
scheidung über Krieg und Frieden eine Unantastbarkeit der
unbeschränkten nationalen Hoheit bleiben muß. Das hat vor
allem im Fall des deutschen Volkes zu gelten, denn die im
Völkerbund führenden Mächte durch eine harte und un-
gerechte Entwertung des Rechts zur Verteidigung
gegen die Angriffe seiner übermächtigen Nachbarn ge-
nommen haben.

Neuestes vom Tage

Der Entwurf der Sicherheitsnote fertiggestellt
Berlin, 16. Juli. Das Reichskabinett hat sich gestern auf
einen Entwurf für die Antwort auf die Note Irlands vom
16. Juni geeinigt. Die Antwort wird im Wortlaut aber er-
st fertiggestellt, wenn der Reichstagsausschuss für Auswärtiges
und die Ministerpräsidenten der Länder, die sich am Freitag
in Berlin versammeln, zu dem Entwurf sich geäußert haben
werden. Die Reichsregierung schlägt für die Sicherheitsfrage
weitere mündliche Verhandlungen vor und betont, daß
Deutschland bereit sei, zu einer Verständigung zu kommen
und geeignete Vorkehrungen zu treffen.

Einspruch gegen den Finanzausgleich
Berlin, 16. Juli. Außer Bayern hat auch Württemberg
und ein weiterer deutscher Freistaat gegen den Finanzaus-
gleich in Berlin Einspruch erhoben. Württemberg erklärt,
daß es in diesem Ausgleich einen Eingriff in die verfassungs-
mäßige Selbstständigkeit erblicken müsse und deshalb nicht in
der Lage sei, ihn durchzuführen.

Die Arbeitslage des Reichstags
Berlin, 16. Juli. Wie die „Berl. Morgenpost“ erfährt,
ist es wahrscheinlich, daß der Reichstag noch erheblich über
den 1. August hinaus tagen wird. Für heute, Donnerstag,
ist die Angelegten-Berichterstattung und die Personalabban-
frage vorgelegt, am Freitag soll letztere zu Ende geführt
und ferner noch der Bericht des Untersuchungsausschusses
über die Kriegsverfahren entgegengenommen und nach dem
Befehl über das Recht zum Tragen der Militäruniform er-
ledigt werden. Samstag und Sonntag sollen tagungsfrei
bleiben. Am Dienstag würden die Gesetze über die Kriegs-
beschädigten auf die Tagesordnung gesetzt werden und am
Mittwoch würde die Aussprache über die Außenpolitik be-
ginnen. Die weiteren Verhandlungen über Steuer- und
Hilfsleistungen würden noch so viel Zeit in Anspruch nehmen,
daß die Sitzungen wohl bis tief in den August hinein fort-
gesetzt werden müssen.

Die Berliner Lohnbewegung
Berlin, 16. Juli. Oberbürgermeister Börs hat die Ver-
treter der städtischen Arbeiter und die Dire-
ktion der Gas- und Wasserwerke zu einer Besprechung berufen und eine
Stundenlohnzulage von 2 Pfennig für Juli und 4 Pfennig
für August vorge schlagen. Die Entscheidung steht noch aus.
Die Arbeiter verlangen eine Erhöhung von 5 Pfennig.

Die sogenannte Räumung
Effen, 16. Juli. Die Städte Hattingen und Herne im
Ruhrgebiet sind von der französischen Besatzung geräumt
worden. Die Truppen kehren oder nicht etwa nach Frank-
reich zurück, sondern werden nach Ludwigsbalden in der Pfalz
verlegt. — In Osterreich wurden die beschlagnahmten Waffen
der Einwohnerlichkeit, soweit sie noch vorhanden waren, der
Stadtverwaltung zurückgegeben, sie dürfen den Eigentümern
aber erst einige Stunden nach Abzug der Besatzung aus-
gehändigt werden. — Französisches Hebestrom.
Die feindliche Besatzung im Rheingebiet beträgt zurzeit
ungefähr 117 000 Mann, davon 93 000 Franzosen, 8800 Eng-
länder und etwa 16 000 Belgier. Von deutscher Seite soll
gegen die rechtswidrige Ueberführung der Ruhrbesatzung in
das alldeutsche Gebiet nichts geschehen.

Ausperrung in Aachen
Aachen, 16. Juli. In der Lohnbewegung der Aachener
Rohrindustrie sind die Einigungsverhandlungen mit den
Streikenden gescheitert. Die Frist der Kündigung läuft heute
ab. Von der Kündigung werden 5—6000 Arbeiter betroffen.

Regierungstele in der Tschechoslowakei
Prag, 16. Juli. Zum kirchenpolitischen Streit
will die tschechische tschechische nationalsozialistische Partei,
die auch der Außenminister Dr. Benesch angehört, eine
große Anfrage über die Hussiten und die Abberufung des
päpstlichen Nuntius, die eine Beleidigung des tschechischen

Volks sei, in der Kammer einbringen. Benesch widerlegte
sich der Absicht, da eine parlamentarische Behandlung der
Frage der Regierung nicht erwünscht sei. Benesch drang
aber in der Partei nicht durch, er will aber seinen Minister-
posten nicht aufgeben. Dagegen hat der Führer der Partei,
Vizepräsident Steinhilber, auf sein Ministeramt verzichtet.
Der dritte Minister der Partei, Franke, befindet sich derzeit
in Urlaub, und es ist noch nicht bekannt, ob er sich Eribung
gegen Benesch anschließen wird.

Sicherheitsvertrag gegen Indofinanzleihe
London, 16. Juli. Der sozialistische „Daily Herald“ läßt
sich aus Berlin melden, Reichsbankpräsident Dr. Schacht habe
sich mit dem Gouverneur der Bank von England, Nor-
man, eine Besprechung gehabt über eine von England zu ge-
währende Anleihe von 800 Millionen Goldmark für die
deutsche Industrie. Die Anleihe sei zu haben,
wenn Deutschland die Britischen Sicherheitsbedingungen
annehme und die englische Politik gegen Sowjetrußland
unterstütze.

Der „Daily Telegraph“ glaubt bestreiten zu können, daß
von deutscher Seite der sofortige Eintritt in den
Völkerbund zugesagt worden sei, wenn es die An-
leihe erhalte. Das sei der Erfolg der Reise Normans nach
Berlin, der die Anleihe unter politischen Bedingungen ver-
prochen habe, da Deutschland die Anleihe notwendig brauche.

Der „Daily Telegraph“ schreibt, die Befestigung des
deutsch-englischen Handelsvertrags durch den Reichstag
scheine durch den Widerstand einer Opposition und gewisser
Industrien insofern gefährdet, als die Reichsregierung ver-
anlaßt werden könnte, die Einfuhrerlaubnis englischer Rohle
und einiger anderer englischer Waren in Deutschland einer
erneuten Prüfung zu unterziehen. England müsse einen Druck
ausüben und solange Anleihen für Deutschland verweigern,
bis die Frage zur Zufriedenheit der englischen Ausführerinnen
gelöst sei.

Die Lohnbewegung der englischen Bergarbeiter
London, 16. Juli. Die Vertreter der Bergarbeiter haben
beschlossen, sich an den vom Ernteminister Baldwin angekün-
digten Untersuchungsausschuss nicht zu beteiligen und mit
den Grubenbesitzern nicht eher zu verhandeln, bis diese ihre
neuen Vorschläge zurückgenommen haben.

Stuhndel im Osten?
Paris, 16. Juli. Nach einer Voraussage aus Riga soll
erwogen werden, den sogenannten Danziger Korridor D. in
den breiten Gebietsstreifen, der aus dem deutschen Ost- und
Westpreußen gerissen wurde, um den Polen eine unmittel-
bare Verbindung mit der Ostsee zu geben, in der Weise aus-
zutauschen, daß Polen das Memelland erhalte, wogegen Po-
len die Leinigkeit durch Uebertrumpfung erommene Stadt
Wilna an Litauen zurückgebe.

Die französische Flotte verallt
Paris, 16. Juli. Der „Petit Parisien“ berichtet, Staats-
präsident Doumergue werde auf Einladung des Marine-
ministers den Hottentotsbucht bei Oberbourg amobnen.
Der Minister wolle ihn überzeugen, daß die französische
Flotte ziemlich verallt sei. Seit Kriegsbeginn sei außer drei
Leuchbooten kein neues Kriegsschiff mehr gebaut worden;
nur ein im vorigen Jahr vom Stapel gelaufener Kreuzer
siehe vor der Vollenbung. Erst in drei Jahren werde Frank-
reich neue Kreuzer bekommen und nach dem Washingtoner
Abkommen können in zwei Jahren neue Großkampfschiffe
auf Kiel gelegt werden. Vorläufig begnüge man sich damit,
die Küstlerie zu verstärken und zu verbessern.

Berücksichtigung der Lage in Marokko
Paris, 16. Juli. Der Berichterstatter des „Journal“ in
Fez, meldet, an der Front in Marokko erwarte man minde-
stens die Verstärkung um ein volles Armeekorps. Abd el Krim
habe den angebotenen Waffenstillstand abge-
lehnt. Er verlange, daß Frankreich keine volle Selbststän-
digkeit anerkenne, er habe es aber abgelehnt, anzugeben, wie
weit er seinen Rechtsbereich ausdehnen wolle. In
der mittleren Front dauern die Einbrüche der Rabalen in
die französischen Stellungen fort. Der Angriff auf Taza,
namentlich im Gebiet der abgefallenen Stämme der Branes
und der Lhal, nehme an Stärke zu.

Painlevé, Maréchal Petain und Generalfeldmarschall Deben-
ne hatten gestern eine Besprechung über die nach Marokko
zu entsendenden Verstärkungen. Ähnlich wie die Ausräu-
mung Tazas von der Zivilbevölkerung jetzt jugabeben.
Die „Ere Nouvelle“ und die radikalsozialistischen Blätter
glauben Herriot bestig an, daß er acht Monate lang nur
auf den Maréchal Petain gebüet, sich nicht um Spanien ge-
kümmert und der Kammer und dem Land die Wahrheit über
Marokko verheimlicht habe. Er habe die Lage in Marokko
verschuldet.

Die Londoner „Times“ meldet, 1200 Dshelbas und Rif-
sojaken haben sich an der Grenze des Tangergiebts bei dem
spanischen Lager Regnia angeammelt. Man vermute einen
Angriff auf das neutrale Gebiet. (?)

Belgien will die Amerikajuden nicht bezahlen
Brüssel, 16. Juli. Der Vorsitzende der belgischen Schul-
denkommission, Homans, sagte in der Kammer, Amerika
habe Belgien gegenüber moralische Verpflichtungen über-
nommen. Er hoffe, daß die amerikanische Regierung, ob-
wohl sie den Verfaller Vertrag nicht unterzeichnet habe, die
gerechten Ansprüche Belgiens anerkennen werde.

Die Kabinettsbildung in Holland
 Haag, 16. Juli. Die Königin Wilhelmine hat den Führer
der Organisationsrevolutionären Partei, Finanzminister Colje,
mit der Bildung des Kabinetts beauftragt.

Deutscher Reichstag

Berlin, 16. Juli.

Rentenbank-Kreditanstalt

95. Sitzung. (Schluß.) Abg. Dietrich (Duis.) gibt namens der Regierungsparteien eine Erklärung ab, die Er- richtung der Rentenbank-Kreditanstalt werde begrüßt als ein Mittel, die schwere Kreditnot, unter der die Landwirtschaft infolge der Inflation und seit der Besetzung der Währung leidet, zu lindern. Eine angemessene Berücksichtigung der verschiedenen Größenklassen der landw. Betriebe sei gesichert. Das Eigenkapital und die Rücklagen dürfen auf 500 Millionen Reichsmark anwachsen, zusätzlich einer Sonderrücklage bis zu 5 v. H. der ausgegebenen Schuldverschreibungen. Eine Ueberschreitung der Grenze ist nur durch besonderes Gesetz zulässig.

Abg. Schröder (Bölk.) hätte es lieber gesehen, daß man die bestehende Rentenbank ausgebaut hätte, statt daß eine neue Kreditanstalt gegründet wurde.

Die Anstaltsverwaltung besteht aus 110 Mitgliedern. Davon werden berufen durch 1. den Landwirtschafts- und den Reichslandbund, 2. die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine, 3. den Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften, 4. die Reichsvereine der Bauernvereine, 5. die Reichsvereine der Bauernvereine, 6. durch die Arbeitsgemeinschaft der Organisation landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe je 10 Mitglieder. Von sozialdemokratischer Seite wird beantragt, dem Vorkomitee 10 Sitze zuzuwenden. Die Bestimmungen werden ausgelesen.

Das Aufwertungsgezet in dritter Lesung angenommen

Abg. Hennig (Bölk.) erklärt, seine Partei werde über die Aufwertung eine Volksabstimmung einleiten. (Handelstischen und Heulrufe auf den Tribünen, was der Präsident rügt.)

Ein neuer völkischer Antrag verlangt, daß die Verhängung des Aufwertungsgezetes und damit sein Inkrafttreten zwei Monate ausgezögert werde, damit dem Reichspräsidenten Gelegenheit gegeben werde, das Gesetz reiflich zu überlegen. (Nach Art. 72 der Verfassung ist die Aussetzung möglich, wenn ein Drittel des Reichstags dafür ist.)

Abg. Dr. Bredt (Bölk.) sagt: Es sei ungebührlich, dem Reichspräsidenten die Entscheidung zuzuschreiben. Der Reichspräsident würde zur Veranlassung eines Volksentscheides der Gegenzeichnung eines Reichsministers bedürfen, die er nicht leisten würde.

Abg. Dr. Philipp (Duis.) stimmt einer sozialdemokratischen Entscheidung zu, die aus öffentlichen Mitteln gewährten Baudarlehen aufzuwerten.

Der Präsident teilt mit, daß ein Antrag der Regierungsparteien eingegangen ist, im Fall der Annahme des völkischen Antrags das Aufwertungsgezet für dringlich zu erklären, so daß es dann doch verhängt werden muß.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Ein kommunistischer Antrag auf Zurückverweisung des Aufwertungsgezetes an den Ausschuß wird gegen Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und Böllische abgelehnt.

Der Antrag Reil (Soz.), den Aufwertungsgezet von 25 auf 40 v. H. zu erhöhen, wird mit 244 Stimmen gegen 181 Stimmen bei 4 Stimmentzügen abgelehnt. Es bleibt also bei 25 v. H.

Darauf findet die Schlußabstimmung in 3. Lesung statt, die namentlich ist. Gegen das Gesetz stimmen die Sozialdemokraten, die Kommunisten, die Demokraten und die Böllischen. Das Aufwertungsgezet wird mit 290 gegen 197 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Angenommen wird auch die Aufwertung von Baudarlehen.

Für den völkischen Antrag zur Aussetzung stimmen 160 Abgeordnete (Böllische, Sozialdemokraten und Kommunisten), dagegen 249, das erforderliche Drittel ist also erreicht.

Mit der Mehrheit der Regierungsparteien wird darauf die Dringlichkeit des Aufwertungsgezetes beschlossen. Die Demokraten enthalten sich der Abstimmung.

Der Präsident stellt fest, daß jetzt die Tätigkeit des Reichstags beim Aufwertungsgezet erledigt ist und daß das Weitere beim Reichsrat und beim Reichspräsidenten liegt.

96. Sitzung

Zunächst werden die zurückgestellten Abstimmungen zur 2. Lesung des Gesetzentwurfs zur Beilegung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt vorgenommen.

Die sozialdemokratischen Anträge, auch den Vorkomitee eine Vertretung in der Anstaltsverwaltung zu gewähren, werden abgelehnt.

Die Ausschlußbeschlüsse werden durchweg aufrecht erhalten. Die Vorlage wird darauf ohne Aussprache auch in 3. Lesung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Es folgt die 2. Lesung des Gesetzentwurfs über die Zahlung öffentlicher Anleihen. Die kommunistischen und Böllischen Änderungsanträge werden abgelehnt.

Die Vorlage wird in der Ausschlußfassung angenommen. Die Schlußabstimmung ist namentlich und wird bis sechs Uhr ausgesetzt.

Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfs über den Ausbau der Angestelltenversicherung. Der Ausschuß hat sich der Regierungsvorlage im wesentlichen angeschlossen, die eine Erhöhung der Grundrente und gleichzeitig auch eine Erhöhung der Beiträge bringt. Für Versicherte, deren monatliches Entgelt 30 Mark nicht übersteigt, sowie für Bekräftigte, soll der Arbeitgeber die vollen Beiträge entrichten. Entsprechend der Rentenzugang der Angestelltenversicherung hat der Ausschuß auch die Invalidenversicherung neu geregelt.

Abg. Kuhlmaier (Soz.): Der Ausschuß habe eine Erhöhung der Beiträge beschlossen, ohne im Besitz der Abrechnung für 1924 zu sein. Die Reichsregierung habe für 1924 und 1925 bereits eine Reserve von 200 Millionen Mark herausgegeben. Der Redner fordert Einführung des obligatorischen Heilversicherens.

Die völkische Fraktion des Reichstags hat einen Antrag eingebracht, der einen Gesetzentwurf fordert, durch den den Reichsdeutschen im Ausland die Ausübung des Wahlrechts ermöglicht wird. Die in geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten im Ausland lebenden Volksgenossen deutschen Stammes, jedoch fremder Staatsangehörigkeit, insbesondere in Ostpreußen und der Tschechoslowakei und in den durch das Versailler Diktat gemalt von uns getrennten Gebieten sollen eine eigene Vertretung im Reichstag erhalten.

Württemberg

Stuttgart, 16. Juli. Die Rückkehr des Nordpolfliegers Karl Feucht in die schwäbische Heimat. Der Monteur Karl Feucht aus Heimerdingen im Neckar, der als einziger Deutscher an der Nordpolfahrt Amundsens teilgenommen hat, ist gestern abend hier eingetroffen und wurde heute Vormittag mit dem Vertreter der Dornierwerke Diplomingenieur Tiedge von Staatspräsidenten Bajilla und anschließend von der Presse begrüßt. Es handelte sich bei den kühnen Forschern um eine glänzende Tat der Pflächterfüllung und des Mannesmut. Feucht hat das Werk seiner Firma, den Dornier-Pol, an den Pol begleitet, der das beste Wasserflugzeug der Welt ist. Das Flugzeug wurde, da es laut Verlaß Vertrag in Deutschland nicht hergestellt werden darf, in Wlra erbaut, ist aber das geistige Erzeugnis der Dornier-Werke. Ihm verdanken die Nordpolfahrer ihre glückliche Heimkehr. Feucht gab eine eingehende interessante Schilderung der Fahrt mit all ihren Schwierigkeiten, die den Nordpolfahrern hauptsächlich aus den schlechten Witterungsverhältnissen erwuchsen. Wenn auch nicht tatsächlich, so sei doch Feucht der Nordpol erreicht worden, denn man habe bei starkem Gegenwind eine Strecke von 10000 Kilometer zurückgelegt. Feucht schilderte dann noch die begeisterte Aufnahme bei der Rückkehr. Er war bereits mit Dr. Scherer zusammen, der ihn auf dem Besessung von Nordpol mitnehmen will. Feucht erhielt vom König von Norwegen den St. Olavsorden, ihm zu Ehren wurde in Oslo das Deutschlandlied gespielt. Um die Mittagsstunde leitete Feucht eine Einladung der Stadt Stuttgart ab, bei der Oberbürgermeister Dr. Reuter eine Ansprache hielt. Erwidernsdringend ist nach einer Ansprache Reuter's vor dem König von Norwegen: „Diese beiden (Lilien und Feucht) haben mich gerettet.“

Dem Landtag. Der Finanzausschuss genehmigte gestern zunächst die Realistischen Voranschlägen für die Kirchen. Schon behandelt man die Frage der weiteren Realistischen Zuschüsse vom Wahnunoshau. Der Finanzminister teilte mit, daß die Oberpostdirektion sich bereit erklärt, zunächst 2 Millionen Mark und in etwa vier Wochen 14 Millionen fiktionalen Kredit für die Wohnauswertungsanstalt zu gewähren. Damit haben wir neben den zwei Millionen aus Mitteln der Erwerbslosensicherung eine Summe von 54 Millionen zur Verfügung. Es ist nicht möglich, aus Anleihen oder sonstigen Mitteln weitere Gelder für diesen Zweck zu beschaffen. Die für die Wohnauswertungsanstalt im Jahr 1925 wurden rund 89 Millionen Mark für 2715 Wohnneubauten zur Verfügung gestellt. Ein Antrag Wälder (Bürgerp.) auf Wohnneubauten Anordnungen als Staats- und Gemeindefiskus zu geben, wurde einstimmig ein Antrag Dingler (Soz.), bei der Reichsregierung auf Abbau der Wohnneubautenwirtschaft zu wirken, wurde mit 11 zu 4 Enthaltungen angenommen. Ebenso ein weiterer Antrag Dingler, die Wohnneubautenwirtschaft in Gemeinden weiter und dritter Klasse aufzuheben und eine Abgabe der Wohnneubauten durchzuführen, während kein Antrag, die Friedensanleihe sofort zu amortisieren, abgelehnt wurde.

Vorberathung der Württ. Landwirtschaftskammer. Die Sitzung des Vorstands der Württ. Landwirtschaftskammer am 14. Juni behandelte u. a. die Milchpreisfrage. Es wurde festgestellt, daß die Stadt Stuttgart bis 1. Juni noch Milch aus der Schweiz einführt hat. Trotz dieser Milchzufuhr haben aber die Verbrauchergemeinden leiserzeit den Milchpreis, mit der Begründung in starker Anstiegsrate, auf 18 Pf. herabgesetzt. Von der Württ. Landwirtschaftskammer wurde sofort gegen dieses Vorgehen, das als glatter Vertragsbruch angesehen wurde, Einspruch erhoben. Von der Regierung muß die Aufhebung der Verfügung, monach den Städten die Konzessionierung des Milchhandels gestattet ist, verlangt werden. Heute ist der Landwirt noch gezwungen, seine Milch an die ihm zugewiesene Stelle zu liefern. Bei den letzten Vorschriften, besonders bei den hohen Verkaufspreisen in den Städten, ist es nicht möglich, den Milchverbrauch, wie es im volkswirtschaftlichen Interesse gelegen wäre, zu steigern. Es wurde beschlossen, erneut bei der Regierung vorstellig zu werden, daß die in Frage stehende Verfügung aufgehoben wird. Der von den Städten angestrebte Monopolisierung der Milchversorgung soll entgegengetreten werden. Von dem Antrag des Landwirtschaftsverbandes an den Landtag auf Abänderung des Landwirtschaftsvereines wurde Kenntnis genommen. Das jurist. dem Landtag vorstehende Oberamtsleiteramt wurde eingehend beraten. Es kam zum Ausdruck, daß das Gesetz den Interessen der Landwirtschaft nicht entspricht, und daß wesentliche Änderungen anzustreben werden müssen. Zum Schluß wurde noch eine Reihe laufender Angelegenheiten erledigt.

Gefährliche Einbrecher. Am 9. Juli 1925 wurden in Stuttgart der 19 Jahre alte Richard Limbach aus Koffel und der 20 Jahre alte Walter Franz Nibel aus Albstadt wegen schweren Diebstahls zur Haft gebracht. Beide sind wegen Eigentumsvergehens mehrfach vorbestraft und betätigten sich nach ihrer erst im Juni 1925 erfolgten Strafenlösung als reisende Einbrecher. Während ihres dreitägigen Aufenthalts in Stuttgart hatten sie bereits in vier Fällen durch Einsteigen in offene Fenster in Wägengehenden Schmuck, Uhren und Kleidungsstücke im Wert von 1300 Mark erbeutet; 12 auswärtige verübte Einbruchdiebstähle konnten durch ihre Festnahme ebenfalls aufgeklärt werden. Der größte Teil der hierigen und auswärtigen Beute wurde beschlagnahmt.

Dom Tage. In der Lübingerstraße wurde eine 50 J. a. Frau von einem Kraftwagen überfahren. Sie erlitt einen Unterschenkelbruch und Querschnittungen, die ihre Verbringung nach dem Katharinenhospital nötig machte.

Aus dem Lande

Balingen a. G., 16. Juli. Neue Fabrik. Das Anwesen Kurzer Straße 3 wurde an Wärfenfabrikant R. Singer von Maulbronn verkauft. Singer beabsichtigt, 15-20 Leute zu beschäftigen.

Heilbronn, 16. Juli. Streit-Ende. Durch städtische Vermittlung fanden zur Beilegung des Streits bei G. H. Knorr u. G. Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt, die auf der Grundlage der städtischen Vorschläge zu einem Vergleich führten, so daß heute die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte.

Kirchberg a. d. Jagst, 16. Juli. Ueberfahren. Auf der Staatsstraße von Kirchberg nach Gaggingen wollten zwei Knaben einen Kraftwagen auf ihren Rädern überfahren, indem sie der Vorrichtung entgegen rechts durchfahren. Wäh-

rend dies dem vorderen Knaben gelang, zerbar der 12-jährige, 10-jährige Sohn des Schreiners Junger von Niederröden die Herrschaft über sein Rad, kam zu Fall und geriet unter den Anhängern, dessen Räder über ihn weggingen und ihn vollständig zerquetschten.

Mannojweller, Olt. Schorndorf, 16. Juli. Erhängt. Der verh. Gottlieb U. hat sich in seiner Wohnung erhängt. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Günzleb, 16. Juli. Beamten-Verordnung. Bei Auszahlung der Zusatzrenten an die Kriegsschadigten und Kriegshinterbliebenen wurde der Beamte der Bezirksförderstelle am 15. Juli tödlich bedroht. Nur der Besonnenheit des Beamten war es zu verdanken, daß der Angriff nicht weitere Formen annahm.

Heidenheim, 16. Juli. Zur letzten Ruhe - Ueberfahren. Der im Alter von 71 Jahren verstorbene Medizinalrat Dr. Paulus, Oberamtsarzt a. D. hier, ist am Dienstag hier unter zahlreicher Beteiligung der Einwohnerlichkeit beerdigt worden. - Der verh. Loaländer Christian Stegmaier fiel unter die angefahrenen Holzgabelmaschine, so daß ein Rad über ihn fuhr. Er ist an den erlittenen Verletzungen nach einigen Stunden gestorben.

Honau, Olt. Reutlingen, 16. Juli. Auszeichnung. Den Ehrenbrief der Deutschen Turnererschaft erhielt der frühere Reiter-Schmiedemeister Gottlob Kotteler, der auf eine 50-jährige Mitgliedschaft innerhalb der Deutschen Turnererschaft zurückblicken kann. Seine Laufbahn als Turner begann er im Jahr 1870 als Zögling in der Turngemeinde Reutlingen. Noch heute ist er als Kampfrichter im Wehmsport tätig.

Laichlingen, 16. Juli. Witte Kuhställe. In der Meßgen Kirche wurde unter dem Bretterboden ein 2 Meter langes und 1 Meter breites Kellerräumchen gefunden. Nach Entfernung des Schutts fand man sämtliche Knochenüberreste, die von einer von Jahrhunderten hier gehalten, jedenfalls angesehenen Persönlichkeit herrühren dürften.

Tübingen, 16. Juli. Rektor Dr. von Köhler zu den studentischen Ausschreitungen. Der Rektor der Universität Dr. von Köhler hat dem Gemeindevorstand eine Erklärung machen lassen, in der es u. a. heißt: Die Uebernahme der Einladung zu dem Vortrag Gumbel durch die Vereinigten Oberstudienräte konnte nach dem vorangegangenen für das Rektorat wie für die Studentenschaft nur eine formelle Bedeutung haben mit dem Charakter einer von der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Akademiker zwecks Umwandlung des Verfalls des Rektorats eingeführten Verdrängung. Die Nichtachtung der heiligsten Gesetze der Mehrheit der Studentenschaft wie der Verfügungen des Rektors war vielfach geblieben. Anlässlich dieser Sachlage hat es das Rektorat nicht für gerechtfertigt erachtet, der Kundgebung des Hochschulrats Beschlüsse entgegenzusetzen. Es hat vielmehr in vollem Bewusstsein seiner Verantwortung die Erklärung des Hochschulrats als auf einer berechtigten und gesunden Grundeinstellung beruhend nicht beanstandet. Die Gegenüberstellung richtete sich an den in Aussicht genommenen Gumbel und sollte diesen nach in letzter Stunde veranlassen, angedacht der herrschenden Stimmung von dem Vortrag zurückzutreten. In die Studenten im Sinne einer Aufforderung zur Sprengung der Versammlung war er nicht gerichtet und er hat auch nicht in dieser Richtung gewirkt. Es entspricht durchaus nicht den Tatsachen, wenn der Ruf des Hochschulrats als der Urheber der bekannten Vorgänge bezeichnet wird. Die Studentenschaft hat vor und nach dem 2. Juli immer wieder betont, und das muß auch hier unterstrichen werden, daß die Kundgebung nicht gegen irgend eine politische Partei oder gar gegen die Arbeiterschaft, nicht gegen den Sozialismus oder den Dajismus als solche und nicht gegen eine freie Meinungsäußerung gerichtet war, vor allem nicht irgendwie einer Reizung der Studentenschaft zur Bevormundung der Arbeiterschaft entgegen, sondern daß sie lediglich die Verfasslichkeit des Dr. Gumbel ablehnen wollte. Das Akademische Rektorat ist nach dem, was seinem Teil das Recht der freien Meinungsäußerung stets objektiv und gleichmäßig gegenüber allen akademischen Wägern gewahrt zu haben. Es wird dies auch ferner tun. Es hat aber ebenso die Pflicht, alles vorzunehmen, um das friedliche Einvernehmen unter der Studentenschaft aufrecht zu erhalten, und es kann nicht daben, daß, wie es im vorliegenden Fall geschehen ist, eine einzelne kleine Gruppe - die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Akademiker - sich nach der bei den Verhandlungen von ihrem Vertreter gemachten Angabe wenig über zwanzig Mitglieder - der überwertenden Mehrheit der übrigen Studierenden und dem Rektorat ihren Willen aufzuzwingen versucht. Ich begrüße dankbar den in der Erklärung der Soz.-dem. Fraktion betonten christlichen Willen der Arbeiterschaft, mit allen Teilen der Einwohnerchaft in Ruhe und Frieden zu leben. Das Akademische Rektorat hegt aufrichtig den nämlichen Wunsch und zweifelt nicht daran, daß auch die Studentenschaft von der gleichen christlichen Pflicht befehle ist.

Freudenstadt, 16. Juli. Tennistatistator. Dem Tennisspieler Freudenstadt E. B. ist der Betrieb eines Statistators (Büro für Wetten) bei der am 9. und 11. August 1925 auf der Freudenstädter Pferdebahn stattfindenden öffentlichen Leistungsprüfung für Pferde vom Ministerium des Innern gestattet worden.

Reissweiler, Olt. Waldsee, 16. Juli. Das Genick gebrochen. Schuhmachereister Knapp fiel, von der Arbeit kommend, so unglücklich von seinem Fahrrad, daß er beim Sturz das Genick brach und sofort tot war.

Walsdorf, Olt. Ravensburg, 16. Juli. Unglücksfall. Die 54-jährige Marie Schröder verunglückte beim Gähnenfahren. Auf der Straße löste sich ein Rad vom Wagen, das volle Maß herab und verletzte das Schickelbein, daß es in der folgenden Nacht starb.

Meckenbeuren Olt. Tettingen, 16. Juli. Schwere Verletzung. Das Pferd des Landwirts Koch von Untertürkheim wurde überfahren, schlug aus und blieb mit dem Kopf im Hinterrad eines Autos hängen. Der Kopf wurde dem Tier frontal abgetrennt und so blieb nichts anderes übrig, als das Tier, das Koch erst vor sechs Wochen um 1500 Mark gekauft hatte, einem Tierarzt zu übergeben.

Leonsberg, 16. Juli. Gut abgefahren. Dienstag früh fuhr ein mit etwa 30 Arbeitern besetztes, tödlich verunglücktes Perouze und Station Leonsberg verkehrendes Lokomotiv infolge Beragens der Bremsen gegen die geschlossene Schranke am Bahnübergang beim Dampfzugwerk. Nur dadurch, daß die Schranke nicht, wie sonst üblich, aus Holz, sondern aus Eisen war, wurde verhindert, daß das Auto in den im gleichen Augenblick den Uebergang passierenden Eisenbahnzug fuhr.

Aus Stadt und Land

Ragold, den 17. Juli 1925.

Die Gründe der Männer wiegen nicht ein richtiges Gefühl der Frauen an Wert auf. Volkst. r.

Kirchen-Bezirkstag.

Auf Mittwoch, den 15. Juli, fand im Vereinshaus in Ragold der diesjährige Kirchen-Bezirkstag (Pädagog. Synode) statt unter dem Vorsitz von Dekan Otto. Es nahmen daran als Vertreter der 32 evang. Gemeinden des Bezirks 22 Geistliche und 32 Kirchengemeinderäte teil; für viele bedeutete dies bei den großen Entfernungen große Opfer an Zeit, die aber um der Wichtigkeit der Sache willen seiner Freude. Die Geistlichen hatten sich schon Tags zuvor zur sog. theol. Disputation eingefunden. Ein gründlich durchdachtes Referat von Pastor Vell-Waldorf über „Christentum und Kultur“ veranlaßte eine fruchtbare Aussprache und brachte reichen Gewinn.

Der eigentliche Kirchen-Bezirkstag wurde am Mittwoch früh 9 Uhr im Vereinshaus eröffnet durch eine feine Predigt von Stadtpf. G. E. W. V. Vened über 1. Kor. 15, Vers 58: „Ernt und Reiz, Hoffnung und Segen in der Arbeit des Pflanzers“. Hierauf erläuterte Dekan Otto den Synodalbericht, der viel Interessantes, Neues und Ermutigendes enthielt. Aus der theol. Statistik von 1924 ist hier folgendes von allgemeinem Interesse mitgeteilt: Der Bezirk ist nach der neuesten Volkszählung zu mehr als 90%, nämlich: 20029 Evangel. stehen nur 1030 Kathol., zur hiesig.-method. Frei-Kirche und zu den Sektariern gehörig. Es kommen daher in unserem Bezirk auf 1 evgl. Pfarre 1181 Seelen (vgl. dazu die um so viel geringere Durchschnittszahl auf Kathol. Seite und bei den hiesig. Methodisten) (2287) Lebertätige und Ausritte fanden nur wenige statt: 1 Kathol. zur evangel., 2 Evangel. zur Kathol. Kirche, 2 Evangel. zu den „Erlenen Bekenntnissen“, 23 Evangel. zu den Neu-Apokratischen, während 4 Neu-Apokr. mit 4 Kindern zuzurechnen sind. Tausende von 184 lebend geborenen Evangelischen wurden evangel. getauft 541, außerdem aus gemischten Ehen 5, dagegen aus solchen Kathol. getauft 6. Eheschließungen: von 146 evgl. Eheschließungen wurden evangel. getauft 123; gemischte Paare wurden evangel. getauft 4, kath. 4. Verstorbenen: von 552 evangel. Verstorbenen wurden 343 evangel., 7 durch Seftensprediger bekräftigt.

Von dem starken Gemeinschaftsleben, dem starken religi. Zeugnissen im Bezirk zeugen die auf 32 Gemeinden verteilten Pfandbesitzlichen Gemeinschaften. In der schulentlassenen Jugend arbeiten eine Reihe von kirchlichen Jugendvereinen: 5 Jünglings-Vereine, 15 Jugendgruppen des Jugendbundes für evgl. Christentum, 10 Jungfrauen-Vereine, 1 Mädchen-V. u. Im Anschluß an den Bericht des Herrn Dekans wurden aus der Versammlung sehr ernste Klagen vorgebracht über die Zunahme der „Reisenden“ im Zusammenhang mit der erkrankenden Jugend des Alkoholismus, über die Juchtsucht der Jugend, insbesondere über das jugendliche Herumstreifen der schulentlassenen Jugend u. a.

Eine diesbezügliche Eingabe an die Behörden und ein demnach zur Veröffentlichung gelangender energischer Appell an die Eltern wurde beschlossen. Ein klar und gut orientierendes Referat von H. Sigwart-Frankingen über die neue, am 1. Januar 1925 in Kraft getretene Kirchen-Bez. und Gemeinde-Ordnung beschloß die inhaltreiche Tagung.

Die Verhandlungen ergaben ein ungeschminktes Bild unserer Wirklichkeit: vom Ernst und der Not unserer Zeit, von der Sorge und der Arbeit der evgl.-sia militans, der kämpfenden, ringenden Kirche — aber sie waren auch getragen von festem Glauben an den Herrn der Kirche, wie er lebt in dem Gesangbuch 240, Vers 7-9.

Vom Rathaus.

Gemeinderatsitzung vom 16. Juli 1925.

Waldweg: Der sogenannte Reudersweg der alten Freiwaldung ist fertiggestellt und übernommen worden. Der Unternehmer hat noch einige Nachforderungen gestellt, die durch die Zustimmung teils anerkannt, teils zurückgewiesen worden sind.

Feldvereinigung V: Von einer Anzahl von Bestirern ist im letzten Jahre die Verbesserung der Feldwegverhältnisse im Gewand Kerns angestrebt worden. Der Oberamtsgeometer hat zum einen Antragsplan zur Durchführung der Feldvereinigung in den Gewand Kerns und Befehl vorgelegt und die Genehmigung auch auf die Wiesen im Badiale ausgedehnt. Das Badiale soll dann ein Musterbeispiel rationeller Be- und Entwässerung werden.

Unter der Aufsicht dieses Unternehmens würden die Kosten der Vereinigung usw. pro ha auf rd. 255 M. kommen. Die Alten geben nun zur Prüfung der Zweckmäßigkeit des Unternehmens an die Zentralstelle f. d. Landwirtschaft.

Geschichte der Stadt Ragold: Stadtdirektor a. D. Dieterle hier hat Zeit seines Lebens die Geschichte der Stadt wie des Bezirks erforscht und kennt sie in ganz hervorragender Weise. In dem demnächst erscheinenden Heimatbuch für den Bezirk ist sie unter den 38 Gemeinden des Bezirks naturgemäß nur in sehr gekürzter und eingeschränkter Umfang aufgenommen. Es wäre wirklich schade, wenn seine wertvollen Studien, die er in allen Rechten gemacht hat, nicht vollständig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden. Er hat sich nun bereit erklärt, die Geschichte der Stadt bis zur Gegenwart zu schreiben, was der Gemeinderat dankbar begrüßt.

Kinderfest und Bauerntag: Für das Kinderfest werden die erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 600 M. bewilligt. Sühne werden nur von hier wohnhaften Geschäftsleuten oder den hier wohnhaften Bauern zugestanden. Zum Bauerntag übernimmt die Stadt die Ausschmückung der Straßen, während der Festplatz von der Bauerntagsleitung geschmückt wird. Das dringend nötige Dekorationsmaterial wird zur Verfügung gestellt. Für die Ausschmückung der Festplätze für den Festplatz bedingten Wiesen tritt die Stadt mit der Bauerntagsleitung ein. Außerdem wird ein Ehrenpreis gestiftet.

Steinabgaben: Die Steinabgaben werden ab 1. Januar 1926 wie folgt in Goldmark festgesetzt:

- 1. für Bestimmen und Sehen des Steinbruchs und Aufarbeiten eines Steins 2.- M.
 - 2. für Sehen beim Aufarbeiten eines Steins 50.- M.
 - 3. für Verleerung eines neuen Steins zum Selbstkostenpreis bezogen 50.- M.
- ferner wird bestimmt, daß derjenige Besitzer, der eine Verneuerung beim eine Grenzbestimmung beantragt, für die Befreiung der Straße zu sorgen hat.

Herunterfahren von Kindern und jungen Leuten nach dem Betagelenten auf den Straßen der Stadt: Die Ortsgruppe des evgl. Volksbundes beklagt sich über den Unfug, daß schulpflichtige Kinder und kaum der Schule entwachsene Jugendliche abends nach dem Betagelenten sich noch auf den Straßen herumtreiben und bittet um ein entsprechendes polizeiliches Verbot. Die Ortsgruppe bezieht sich mit dem Gemeinderat ganz der Ansicht des Volksbundes und wird möglichenfalls ein entsprechendes Polizeiverbot erlassen. Zuvor sollen aber Eltern und Lehrern selbst ernstlich aufgefordert werden, die in früheren Zeiten in den Familien so streng beachtete Sitze, daß Kinder und junge Leute mit dem Betagelenten nach Hause gehen, wieder uneingeschränkt zur Geltung zu bringen. Wenn diese Mahnung nicht fruchten sollte, so müßte allerdings auf polizeiliche Wege eingeschritten werden.

Autoverkehr: Mit großer Schärfe wird das übermäßige Auto-, Motorrad- und Radfahren in den Straßen der Stadt erneut gerügt. Es hat alles seinen Zweck, solange die zulässige Fahrgeschwindigkeit innerhalb der Ortschalten nicht von 30 auf 15 km wieder herabgesetzt wird. Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Fahrgeschwindigkeit innerhalb der Stadt auf 15 km herabzusetzen und das Min. d. Innen- dringend um Genehmigung zu bitten. Außerdem soll Städte- und Gemeinderat aufgefordert werden, die Anwendung dieser unerträglichen verkehrsgeschäftlichen Verkehrsverhältnisse mit Nachdruck zu betreiben.

Sonstiges: Es werden eine Reihe Wohnungsfragen, Jung-, Handarbeiten, Heimstättenverträge usw. erledigt. Beim letzten Kirchenkonzert gab es ein erhebliches Defizit. Am Antrag wird ein Betrag von 50 M. bewilligt. — Anzeigen aus Oberamt werden zu dem nachgelassenen Betrieb eines Immobilienhandels des Johann Jäger, zur Erweiterung der Wirtschaftsfunktion der Landwirtin Günther Wwe., zu dem Kaufvertrag in die Württ. Staatsangehörigkeit des Gemeindeführers Göbel abgegeben. — Eine Reihe kleinerer Gegenstände wurden zum Schluss erledigt.

Waldfest des Schwarzwaldbereichs. Wie wir hören, veranstaltet der Schwarzwaldbereich kommenden Sonntag nachm. 1/2 Uhr auf dem Schloßberg ein kleines Waldfest mit geringem Programm. Wer nämlich hierauf heute schon mit dem Wunsch auf „Gut Wetter“ hinauseilt. Näheres siehe im morgigen Anzeigenblatt.

Calw, 16. Juli. Friedrich Hundert †. Gestern vormittag ist ein hochachteter und verdienter Mitbürger unserer Stadt aus dem Leben geschieden. Buchhändler Friedrich Hundert ist im Alter von 78 Jahren gestorben. Sein Name ist in allen

Reisen der Mission und Gemeinschaft bekannt gewesen. Lange Jahre war er Leiter der Vereinsbuchhandlung und trat hieron erst zurück, als dieselbe mit der Stuttgarter vereinigt wurde. In früheren Jahren war er musikalischer Leiter des Kirchenchors und hat denselben soweit gebracht, daß der Chor in jedem Jahre mit einem Oratorium oder sonst einem größeren Werk an die Öffentlichkeit treten konnte. Er war ein vorzüglicher Musikkenner und ein Verehrer der klassischen Musik, besonders des Sebastian Bach. Einige Jahre gehörte Hundert dem Bürgerausschuß an, jedoch war er jahrzehntelang Mitglied des Kirchengemeinderats und erst bei der letzten Wahl wurde er wieder neu gewählt. Durch seinen lauten und aufrichtigen Charakter mußte ihn jeder achten und ehren.

Letzte Nachrichten

Gegen das Aufwertungsgesetz.

Berlin, 17. Juli. Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, haben die deutschnationalen Abgeordneten Dr. Steininger, Sachs und Vogt bei der Schlussabstimmung über das Aufwertungsgesetz gegen die Vorlage gestimmt. Der Abgeordnete Bazille, der ebenfalls dagegen stimmen wollte, konnte wegen dienstlicher Verhinderung nicht an der Abstimmung teilnehmen.

Demokraten und Sozialdemokraten beim Reichshauptkammergericht.

Berlin, 17. Juli. Nach der gestrigen Beratung der Sicherheitsfrage zwischen der Regierung und den Regierungsparteien wurden in besonderer Besprechung dann noch Sozialdemokraten und Demokraten vom Reichshauptkammergericht empfangen, die sich ihre Stellungnahme vorbehielten.

Zu den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Warschau, 17. Juli. Der Führer der polnischen Handelsdelegation in Berlin wird heute in der Wirtschaftskommission des polnischen Sejm einen Bericht über die Verhandlungen in Berlin erstatten. Es verlautet, daß er nächste Woche wieder in Berlin eintrifft, um die Verhandlungen fortzusetzen.

Die deutsche Regierung zum Stargarder Eisenbahnunglück.

Berlin, 17. Juli. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung unter eingehender Vorlegung ihres Reduktionspunktes der polnischen Regierung in einer am 10. ds. Mts. in Warschau überreichten Note erklärt habe, daß sie für die Folgen des Unglücks bei Stargard den polnischen Eisenbahnbesitzer gemäß dem Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 haftbar mache. Demnach werde sie dem Eisenbahnminister der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig Schadenersatzansprüche der geschädigten Personen oder deren Hinterbliebenen übermitteln.

Erregung in Paris zur deutschen Antwortnote.

Paris, 17. Juli. Die Ankündigung des voraussichtlichen Inhalts der Antwortnote Deutschlands hat große Erregung und Befürchtungen in der Pariser Presse hervorgerufen. Allgemein wird betont, daß Deutschland in den Hauptpunkten im Gegensatz zu den franz. Vorschlägen zu stehen scheint.

Geschäftliches.

In der heutigen Nummer bringen wir ein Inserat der Firma Dr. med. G. Campe & Co. v. H. Wobburg, woraus wir besonders hervorheben und unsere Leser aufmerksam machen, daß die erwähnte Firma jedem, der Bezug auf unsere Zeitung nimmt, eine Gratisprobe ihres Präparates „Cholangolin“ nebst ausführlicher Broschüre kostenlos und franco überliefert. Uns liegt eine Broschüre vor, und behandelt dieselbe die Entzündung der Gallenblase und Gallenleitern, sowie die Verhütung derselben in leichtverständlicher Art und viele Erscheinungen nach Durchlefen verständlich, die vorher unerklärlich schienen.

Wir empfehlen recht ausgiebigen Gebrauch sofort zu machen, da nur bis zu der angegebenen Menge Versand erfolgt.

Unerträgliche Schmerzen bereiten Gallensteine.

Sie haben gewiss schon alles mögliche versucht, nichts hat Ihnen geholfen. Verzweifeln Sie deshalb nicht, sondern machen Sie noch einen Versuch mit

Dr. med. Campe's Cholangolin

Cholangolin übertrifft in seiner Gesamtwirkung die heilkräftigsten und teuersten Bädokuren, ist im Gebrauch billig und Sommer und Winter ohne erschwerende Umstände zu gebrauchen.

Cholangolin* hilft meist sofort!

Verlangen Sie im eigenen Interesse sofort vollkommen kostenlos u. portofrei

Versuchsmenge und die Broschüre: **Wie beseitige ich die grausamen Schmerzen meines Gallenleidens?***

Schreiben Sie aber noch heute, damit Sie an den Gratissendungen noch teilnehmen können, an

Dr. med. G. Campe, G. m. b. H. Magdeburg.

Fassler-Lehrling gesucht
bei guter Ausbildung
Stefan Dennis
Bahnhofstr. Nr. 126.

Jeder Familie ein Eigenheim.

Öffentlicher Vortrag!

über die Einrichtung der Gemeinschaft der Freunde, zur Beschaffung von Eigenheimen am Samstag, den 18. Juli, abends 7 1/2 Uhr in Ragold in der „Traube“, Sonntag, den 19. Juli, mittags 3 Uhr in Wildberg in der „Krone“.

Alle Wohnungslosen, Brautpaare, junge Ehepaare, sowie Dienstwohnungsinhaber, alle, die aus unerquicklichen Zwangsverhältnissen heraus sich nach einem Eigenheim sehnen, sind zu diesem Vortrag bestens eingeladen, bei dem es sich nicht um theoretische Erörterungen oder um langwierige Erregung gefühlsbetonter Diskussionen handelt, sondern um die praktische, erfolgreiche Selbsthilfe der G. d. F., durch die jeder, der sich dieser gemüthlichen Gesellschaft anschließt, in absehbarer Zeit zum Besitze eines Eigenheims kommt. Auswärtige, die nicht zu diesem Vortrag kommen können verlangen Auskunft und Unterlagen von der

Gemeinschaft der Freunde e. V., Lutherkori Wüstenrot bei Heilbronn.

Eintritt frei! 70

Möbel!

Möbelgroßhandlung sucht jedes Quantum einzelner

Schränke, Büffets

Bettstellen, Waschkommoden

Nachttische usw.

nach eignen und gegebenen Entwürfen.

Angebote mit Preis sind zu richten unter Nr. 117 an den Verlag der Zeitung.

Reizende Neuheit!

Celluloid-Glücksfiguren

1 Stück 25 Pfennig
in großer Auswahl
bei G. W. Zaiser

Ein jüngeres, ehrliches

Mädchen

gesucht. Von wem? sagt die Geschäftsstelle.

Zum Kinderfest reiche Auswahl Knabenanzüge

Christian Theurer - Herren- und Knabenbekleidung.

Ata

Henkel's Scheuerpulver

Überreicht in seiner vielseitigen Wirkung ist dies ausgezeichnete Mittel.
Es ist die beste Arbeitshilfe der Hausfrau in Küche und Wirtschaft.
Ata putzt und scheuert alles!

Die große Ausgabe vom
Württembergischen Realienbuch
ist vorrätig bei
Buchhdlg. Zaiser.

Ämtliche Bekanntmachung.
Bauhandwerker,
die die Meisterprüfung ablegen wollen, werden auf die Bekanntmachung des Landesgewerbekammer vom 7. d. Mts. (Staatsanzeiger Nr. 160), betreffend Abhaltung von Kursen an den Bauhandwerkerschulen in Eberach, Neutingen und Hall hingewiesen. Die Kurse beginnen am 1. November d. J. Aufnahmebedingungen können auf den Rathhäusern eingesehen werden.
Nagold, den 16. Juli 1925.
215 **Oberamt: Saltingert.**

Kaufe
fortwährend jedes Quantum 174

**Tannen-
Fichten-
und Forlen-
Kundholz**
Sägewerk Schwarz
vorm. Hausmann :: Tel. 95.

„Fips“
das Kleider-Flecken-Wasser
ist der beste Fleckenhasser
Und im Haushalt unentbehrlich:
Gänzlich feuerungefährlich -
Riecht es gut, löst keine Ringe
Und frischt auf die vielen Dinge.
Deren Schönheit schon verdarben
Fett, Öl, Harz, Schmutz, Schweiß und Farben
Alle Stoffe, grobe, feine,
Dicke, zarte, macht es rein
Von den schauerlichsten Flecken
Selbst in Möbel, Teppich, Decken
Und vom Schuhwerk bis zum Schlippe
Wax dich kleidet, reinigt „FIPS“
das beste Kleiderfleckenwasser
Flasche nur Mk. - 85.
Alleinverkauf:
Löwen-Drogerie Gebr. Benz, Nagold
212 *Verbandsdrogerie.*

Anstricharbeiten
für Gittermaße zu vergeben.
Angebote unter B. D. an die Geschäftsstelle des
Blattes. 187

Holzbildhauerarbeiten
und
Aufpolieren sowie Beizen
von Möbeln aller Art
übernehmen billigst in bester Ausführung
Franz Holler Rudolf Hörmann
Bildhauer Polierer
Bahnhofstraße 52
114 Bäckerei Kauf.

Mädchen
aus guter Familie, mit
allen Hausarbeiten ver-
traut, zum 15. Aug. oder
1. Sept. gesucht. Vergüt-
ung nach Vereinbarung.
Wahlfrau vorhanden.
Frau Architekt Lattayer,
Ludwigshafen a. Rh.,
Schwanenstr. 20.

**Kaufmännische
Volontär-Stelle**
für sofort oder später ge-
sucht.
Zuschreiben unter D 211
an die Geschäftsst. d. Bl.
Reichs-Lieder
bei **G. W. Zaiser.**

Aussteuer-Artikel

Bettbarchent in verschiedenen Qualitäten
Damaste, Streifen und Jacquard
Bettzeugle Ia Ia
bedruckte Bettbezugstoffe
88 cm und 160 cm breit, Halbklein
nur beste erprobte Qualitäten

Handtuchzeuge, Tischtücher
Tafeltücher, Wolldecken
Bettfedern u. Flaum
gute, füllkräftige Qualitäten. 220

Christian Schwarz
Nagold .. Bahnhofstraße.

Achtung! Staunend billige Arbeitschuhe. Achtung!
1500 Pr. Militärarbeitschuhe, frisch geföhlt u. gestickt, d. Pr. 4.50 u. 4. M.,
zu verkaufen. Bei Nebrabnahme billiger. Wiederverkäufer Vorzugsrechte.
Berand nur gegen Nachn. od. Voreinsendung d. Betrags.
An- und Verkaufsgeschäft Schöttle, Pforzheim
1740 Dillreinerstr. 18. Telef. 2165.

Gedankenleser.
„Ich hab's! Sie denken an die nächste
Fortsetzung der Romans „Tschanda“
in der WOCHE.“

Sie haben bei
Buchhandlung Zaiser, Nagold.



**Tüchtig. Maurer
oder Betonierer**
für Glatzstrich-Arbeiten
wird sofort gesucht.
Siemens-Schuckertwerke
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Baubüro Herrenberg
186 Wilhelmstraße 7.

**Unterricht
im Violinspiel**
erteilt 216
Ernst Roth, Seminar.



Dieses Jahr beginnt
zu erscheinen:
**MEYERS
LEXIKON**
7., völlig neu bearbeitete
Ausgabe in 12 Bänden.
Über 100.000 Artikel
und Bezeichnungen auf
etwa 20.000 Spalten Text
mit rund 5000 Abbildun-
gen, Karten und Plänen
im Text und etwa 610
Bildtafeln (darunter 96
farbige), 140 Kartenbe-
lagen und 40 Stadtplänen
sowie 200 Text- und sta-
tistischen Übersichten.
Bestellungen
nimmt entgegen
G. W. Zaiser
Buchhandlung.

Zum 30jährigen Jubiläum
am Sonntag, 19. Juli
mit Festgottesdienst
um 2 Uhr in der Altensteiger Stadtkirche
und anschließend Nachfeier
im Gemeindehaus ladet herzlich ein
Christl. Verein junger Männer/Altensteig!
184

251 Nagold.
Löwenlichtspiele.
Samstag abend 8.30, Sonntag 4.15, 8.30
Das Feuerschiff
Sensationsfilm in 5 Akten
mit wunderbaren Seeraufnahmen.



Fatty im Wigwan
und
Fatty als Entführer

Sowie 2 originelle Lustspiele:
Fatty im Wigwan
und
Fatty als Entführer

Gehilches, fleißiges, alt.
Mädchen
für die Haushaltung für
sofort gesucht.
Emma Dietzmann,
Bäckerei, Calw.

Einen noch sehr gut
erhaltenen 232
**Divan und
Bettrost**
verkauft
Zettlerstr. Braun, Nagold
Oberjettingen.

5 Stück
14 Wochen
alt
Gänse
verkauft 222
Karl Kaiser
Haus Nr. 160



Besonderer Nachdruck
halber billig zu verkaufen
1 noch ganz neue
**Schwingstuhl-
Nähmaschine**
stark gebaut, Hand- und
Fußbetrieb. 280
Offerten vermittelt die
Geschäftsstelle d. Bl.

Einen ca 10 Jhr. schone-
ren, 18 Monate alten,
schönen, rittfähigen 217
Zuchtsarren
hat zu verkaufen
Michael Kalmbach,
Lengenloch
Telef. Hefelbrunn Nr. 1.


